

Ist die Volksschule der richtige Ort für Integration?

Ein Forumsbeitrag von Bea Fünfschilling, Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrervereins Baselland*

Praktisch jede Abhandlung über integrative Sonderpädagogik stellt voran, dass die Integration von wenig privilegierten Menschen in die Gesellschaft unbestritten sei. Zusammen mit meinem Verband kann auch ich diesen Grundsatz voll mittragen. Lange genug wurden geistig und körperlich Behinderte, aber auch psychisch Kranke und andere Randgruppen von der Gesellschaft ausgegrenzt. Und doch stellt sich ernsthaft die Frage, ob die Volksschule für eine lückenlose Integration der richtige Ort ist, denn sie kann die Bedürfnisse vieler stark behinderter Kinder nicht erfüllen.

Kernauftrag Volksschule

Am Kernauftrag der Volksschule hat sich auch im Hinblick auf die Reformen grundsätzlich nichts geändert. Die Definition ist die gleiche geblieben:

Die Schule bereitet die jungen Menschen so auf das Leben vor, dass sie einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Beruf erlernen und ausüben und damit ihren Lebensunterhalt selbständig verdienen oder eine Familie gründen und unterhalten können. Um die Fertigkeiten und das Können in den einzelnen Schulfächern zu erlernen, ist ein für ein konzentriertes Lernen günstiges Arbeitsumfeld nötig. Eine ständige Förderung des Sozialverhaltens ist Grundlage für erfolgreiches Lernen.

Diese Zielsetzungen decken zwar die Bedürfnisse und Erwartungen der Schülerinnen und Schüler der heutigen Regelklassen ab, nicht aber diejenigen vieler behinderter Kinder. Diese brauchen zum Teil eine ganz andere Gewichtung der Lerninhalte und eine ununterbrochene, spezifisch auf ihre Behinderung ausgerichtete Förderung.

Adäquate Förderung geistig behinderter Kinder

Durch die Behinderung ihrer Tochter motiviert, gründete meine Tante in den 50er Jahren eine Tagesförderstätte für geistig behinderte Kinder. Ihr Ziel war es, die Kinder auf ein möglichst selbständiges Leben vorzubereiten und die Bevölkerung für die Bedürfnisse der Kinder zu sensibilisieren. Ausflüge zur Einübung des Verhaltens im Verkehr, beim Einkaufen und in der Kommunikation mit der Einwohnerschaft waren an der Tagesordnung. Gruppenspiele, koordinierte Bewegung, Zeichnen, Singen und Musizieren, gemeinsames Kochen, Putzen und Aufräumen ersetzten

grösstenteils die traditionellen Schulfächer. Rechnen, Lesen und Schreiben wurden zwar angeboten, doch kamen die Kinder kaum je über das Kritzeln ihres Namens hinaus. Es machte ihnen in kurzen Sequenzen dennoch Spass. Das Sozialverhalten in der Gruppe und die für viele Kinder schwierige Kontrolle ihrer eigenen Emotionen standen jederzeit im Zentrum. Ein gesunder Wettbewerb spielte, bei dem jedes Kind die Chance hatte, einmal am besten zu sein. Durch den täglichen Kontakt mit der Bevölkerung verwandelte sich deren anfänglich skeptische Ablehnung in Wohlwollen und Interesse.

Meine Cousine hat ihr Leben lang an einer geschützten Arbeitsstelle arbeiten können und lebt seit dem Tod ihrer Mutter in einem Behindertenheim, von wo aus sie sich aber mit ihren Freunden weitgehend selbständig bewegt.

Mit der Integration in die Regelklassen der Volksschule können die für diese Menschen unerlässlichen Bildungsschwerpunkte nicht in der erforderlichen Masse gesetzt werden, insbesondere wenn die Unterstützung durch ausgebildete Sozialpädagoginnen nicht ausreichend, d.h. ununterbrochen, angeboten und finanziert wird, denn noch stärker als die Schulkinder in den traditionellen Regelklassen sind behinderte Kinder auf eine stetig wiederkehrende, intensive Einübung von Fertigkeiten angewiesen.

Spezialisierte Förderung körperlich behinderter Kinder

Die schwer hörbehinderte Z. wird in die Regelklasse des Kindergartens eingeteilt. Den Eltern wird die Begleitung durch eine Sonderpädagogin zugesagt. Schon nach wenigen Wochen gebärdet sich Z. sowohl zu Hause wie in der Schule aggressiv. Die andern Kinder beginnen sie nach Schlägen und Bissen verständlicherweise zu meiden. Nach drei Monaten wird die Sozialpädagogin ersetzt. Es stellt sich erst im Nachhinein heraus, dass sie weder ausgebildet, geschweige denn auf Hörbehinderung spezialisiert ist. Auch die Nachfolgerin kann den Bedürfnissen des Kindes nicht genügen und die Klassenlehrperson ist total entnervt. Die Eltern verlangen nach einem halben Jahr unerträglicher Entwicklungen die Versetzung von Z. in die Hörbehindertenschule. In einer für alle Beteiligten verfahrenen Situation wird diesem Wunsch erst nach einem Jahr entsprochen. Heute lernt die aufgeweckte Z. in separierten Lehrgängen bei darauf spezialisierten Pädagogen neben dem normalen Schulstoff auch die Taubstummensprache und ihr Verhalten normalisiert sich langsam.

Dieses und ähnliche Beispiele zeigen auf, dass ein Modell, welches vorzugsweise integrative Schulung vorschreibt,

grossen Schaden anrichten kann, vor allem wenn die Finanzierung nicht gesichert ist und sich die Entscheidungsträger von der Ideologie, statt von einer realistischen Betrachtungsweise leiten lassen. Es ist zu befürchten, dass dies der Regelfall sein wird. Die emotionalen Grabenkämpfe zu diesem Thema sprechen Bände.

Aktueller Stand im Kanton Baselland

In einigen Kantonen wie Zürich ist die schulische Integration bereits angelaufen und die ersten Resultate liegen vor. Wer einen Blick in dieses Forum geworfen hat, stellt fest, dass fast überall von ungenügenden Rahmenbedingungen und von viel ideologischer Zwängerei die Rede ist.

In Baselland und in der Nordwestschweiz sind noch keine politischen Beschlüsse gefasst worden und doch wird die Integration schon ohne gesetzliche Grundlagen durch die Hintertür vielerorts eingeführt. Der Lehrerinnen- und Lehrerverein BL ist sich des heiklen Themas zwar bewusst, wendet sich aber dennoch entschlossen gegen diese Vorgehensweise und das nicht ausgereifte Konzept.

Der Verband hätte sich eine argumentativ geführte, offene Diskussion über Vor- und Nachteile einer weitgehenden Integration gewünscht. Leider war dies nicht möglich. Stattdessen hat er sich Schelte in den Medien und einen offenen Brief des Bildungsdirektors eingehandelt. Der Berufsverband kann es jedoch nicht hinnehmen, dass schon im Vorfeld der Umsetzung von «überforderten» oder «integrationsunwilligen» Lehrpersonen gesprochen wird. Diese Diktion unterstellt den Betroffenen ungerechtfertigt eine grundsätzliche Unfähigkeit oder mangelhaftes Engagement. Dabei ist es schlicht nicht menschenmöglich, nach diesem Konzept allen Kindern gleichermaßen gerecht zu werden und sie mit ihren unterschiedlichsten Bedürfnissen optimal zu fördern. Nicht die Integration selber, sondern das Konzept dazu ist deshalb nicht tauglich, denn es könnte sich wie schon viele Bildungsreformprojekte zuvor nach wenigen Jahren als gescheiterte Modeströmung entpuppen.

Lösungsansätze

Unbestritten ist, dass es in ausgesuchten Fällen sehr sinnvoll ist, behinderte Kinder in die Regelklassen zu integrieren. Würden das Konkordat und die neuen Konzepte diese Möglichkeit lediglich anbieten und sie mit der «vorzugsweise integrativen» Anordnung nicht praktisch zum Regelfall machen, würde die grosse Mehrheit der Lehrpersonen bestimmt dahinter stehen. Wie die Kleinklassen, von deren Erfolg der Verband nach wie vor überzeugt ist, könnten von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen geführte

Klassen in die Schulhäuser integriert werden, um so den täglichen Kontakt mit den andern Kindern auf dem Pausenplatz und an gemeinsamen Anlässen sicherzustellen.

Anregungen und Fragen

- Kann bei der Integration in die Regelklasse von echter Integration gesprochen werden, wenn die behinderten Kinder von den Lernzielen befreit, während den Schulstunden teilweise separiert, von den Schulreisen – z.B. Bergwanderungen – ausgeschlossen und nicht adäquat betreut und gefördert werden?
- Könnte es sein, dass nicht die optimale Förderung der behinderten Kinder, sondern das Einüben des Umgangs mit ihnen durch die Klassenkameraden die Ideologie prägt und dass damit Behinderte als «Lerninhalt» instrumentalisiert werden?
- Ist die Einbindung geistig behinderter Kinder in eine Schule, in der Schulfächer im Zentrum stehen, die sie nie begreifen werden, wirklich fair und richtig?
- Was empfinden behinderte Kinder, wenn ihre Klassenkameraden in Anforderungen erfolgreich sind, die sie auch bei bestem Willen nicht erfüllen können?
- Zudem ist das Konzept nicht zu Ende gedacht, denn was passiert nach Abschluss der Volksschule mit den behinderten Jugendlichen?

**Die Autorin wurde von den Betreibern des offenen Zürcher Schulforums www.kindgerechte-schule.ch eingeladen, im Oktober 2009 als Gastbloggerin einen Beitrag zum Thema «Schulische Integration» zu veröffentlichen.*

Replik auf Bea Fünfschilling

Von Remo Largo

Ich möchte auf den Text von Frau Fünfschilling und die Beiträge, die Frau Fünfschilling zustimmen, antworten. Die vorgebrachten Einwände zur Integration sind überwiegend berechtigt, treffen aber nicht den Kern der Sache.

Die Kinder, die erwähnt werden und bei denen die Integration nicht gelungen ist, sind ausnahmslos Kinder, die besondere Bedürfnisse haben und daher auch nicht integriert werden sollen. Die meisten Kinder, die früher eine heilpädagogische Schule besucht haben, dürfen in ihrem eigenen Interesse nicht integriert werden. Die schulische Integration in die Regelklassen kann bei ihnen nicht gelingen, weil die folgenden drei Bedingungen nicht erfüllt sind:

- **Die Kinder können auf die Dauer sozial nicht integriert werden.**
- **Sie sind schulisch nicht integriert, weil sie aufgrund ihrer Leistungsdefizite früher oder später ausgegrenzt werden.**
- **Sie sind überfordert, das heisst, die schulischen Anforderungen sind nicht ihrem Leistungsvermögen individuell angepasst.**

Diese drei Bedingungen waren bei den erwähnten Kindern offenbar nicht erfüllt. Zweimal wird auf eine fehlgeschlagene Integration bei hörbehinderten Kindern verwiesen. Ein hörbehindertes Kind soll nur dann integriert werden, wenn seine kommunikative Kompetenz ausreichend ist, um dem gesprochenen Wort im Unterricht folgen zu können. Ist es aber auf Gebärdensprache angewiesen, dann kann es in einer Regelklasse nicht lernen. Das Kind kann damit auch nicht die Leistungen erbringen, die es zu leisten imstande wäre. Es ist leistungsmässig und allenfalls auch sozial überfordert.

Bei der Integration geht es aber in der grossen Mehrzahl um Kinder, die bisher wegen Legasthenie, Hyperaktivität, motorischer Ungeschicklichkeit, Verhaltenseigenheiten etc. in Sonderklassen ausgesondert wurden.

Für diese Kinder können die drei Bedingungen durchaus erfüllt werden, wenn sich die Schule um die Sozialisierung und einen individualisierten Unterricht bemüht. Das heisst, wenn die Lehrpersonen bereit sind, Kinder mit unterschiedlichem Entwicklungsstand und sozialen Kompetenzen zu unterrichten. Dass dies möglich ist, zeigen die altersdurchmischten Klassen, in denen verschiedene Jahrgänge gemeinsam unterrichtet werden.

Es gibt meines Erachtens keinen Grund, weshalb ein Kind mit einer Teilleistungsschwäche wie Legasthenie nicht eine Regelklasse besuchen soll. Legasthenie hat bei den meisten Kindern nichts mit intellektueller und schulischer Leistungsfähigkeit zu tun. Was die Schule lernen muss ist, wie sie damit umgehen soll, dass die Rechtschreibung kein Leistungskriterium mehr ist. Immer mehr Gymnasien grenzen Schüler mit Legasthenie nicht mehr aus. Das muss auch in der Volksschule möglich sein. Dies gilt genauso für andere Teilleistungsstörungen sowie Verhaltensauffälligkeiten normal begabter Kinder.

Die Zukunft unserer Volksschule wird entscheidend davon abhängen, ob sie die Individualisierung des Unterrichts schafft und einen Beitrag zur Sozialisierung der Kinder zu leisten vermag. Dass eine solche Pädagogik umgesetzt werden kann, zeigen seit vielen Jahren die Schulen in den skandinavischen Ländern, aber auch immer mehr öffentliche und private Schulen in der Schweiz.

(Anmerkung der Redaktion: Vergleiche letzten Abschnitt im Beitrag von Fleur Huber, S. 11.)

Remo Largos Replik verblüfft

Von Bea Fünfschilling

Es ist verständlich, wenn Herr Largo als Kinderarzt keinen direkten Einblick in die Realitäten des Schulalltags hat. Mag sein, dass dies der Grund für das tiefgreifende Missverständnis ist, dem er im Zusammenhang mit dem aktuellen Integrationskonzept offensichtlich erlegen ist.

Es geht bei der integrativen Sonderpädagogik nicht um von Legasthenie oder Rechenschwäche betroffene Kinder, die seit jeher selbstverständlich in Regelklassen unterrichtet und schon seit Langem speziell gefördert werden. Es geht vielmehr um die Umverteilung der IV-Ressourcen vom Bund auf die Kantone. Dazu gibt das Konkordat Sonderpädagogik vor, die exakt meinen Beispielen entsprechenden IV-berechtigten Kinder «vorzugsweise» in die Volksschule zu integrieren. Dies wird in ZH bereits praktiziert und in BL ohne gesetzliche Grundlagen durch die Hintertür eingeführt.

In der Reform dreht es sich genau um die Kinder mit so schweren Behinderungen, von denen offenbar auch Herr Largo denkt, sie könnten «auf die Dauer sozial nicht integriert werden», sie würden aufgrund «ihrer Leistungsdefizite früher oder später ausgegrenzt werden» und sie seien «überfordert», weil «die schulischen Anforderungen nicht ihrem Leistungsvermögen» angepasst seien.

Der Berufsverband der Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer vertritt nichts Anderes. Damit dürfte sich das Pro und Kontra zwischen Herrn Largo und mir irgendwie in Luft aufgelöst haben.

P.S. An die Leserschaft der Basler Zeitung: Entgegen der Berichterstattung in diesem Medium nimmt auch Herr Allan Guggenbühl eine skeptisch-kritische Position ein.

Replik auf Bea Fünfschilling – Wir ruinieren unsere Volksschule*

Herr Largo, die praktizierte Schulreform des Kantons Zürich hat Ihre Definition von integrationsfähigen Kindern längst ad absurdum geführt. Sie können beliebige Lehrkräfte fragen und es auch in diesem Forum x-fach nachlesen: alle beherbergen in ihren überfüllten Klassen (25 Schüler sind durchaus üblich) Kinder mit Sprachproblemen, fehlender Sozialisierung, Migrationshintergrund, geistiger Behinderung, ADHS, psychischen Problemen, Körperbehinderungen und Wohlstandsverwahrlosung. Dieser kunterbunte Haufen wird von einer Lehrperson geführt, die für diesen Job aber nicht etwa mit dem nötigen Respekt behandelt wird, sondern sich von allen Seiten anhören muss, dass sie zu wenig individualisiere, zu wenig integriere, zu wenig EDV unterrichte, zu wenig Gesundheitsförderung mache, zu wenig Sexualaufklärung, zu wenig Begabtenförderung, zu wenig auf die Gender-Problematik eingehe und überhaupt endlich echte Qualitätssicherung betreiben müsste. Therapeuten schwirren in der Klasse ein und aus und es herrscht in den Zimmern ein emsiges Kommen und Gehen, nicht zuletzt angekurbelt von individualisierenden Lehrformen, bei denen Schülergrüppchen in allen vier Ecken des Zimmers schwatzen und diskutieren. In einer mir bekannten 1. Klasse (Primar, nicht Sek. I; ländliche Umgebung) teilen sich auf diese Weise insgesamt 7 verschiedene Lehrkräfte und Therapeuten das Unterrichten!!! Alles getreu der Schulreform, kein Zweifel, und um optimale Integration und Individualisierung bemüht. Je länger wir vor dieser Realität die Augen verschliessen, uns mit akademischen Diskussionen beschäftigen und über das Ideal der Integration nachdenken, umso länger dauert es, bis unsere Kinder eine Schule für Kinder bekommen.

Als Kinderarzt wissen Sie selbstverständlich, dass Kindergehirne anders funktionieren, als Erwachsenengehirne. Es wäre also nur logisch, wenn sich eine Kinderschule von Erwachsenenbildung unterscheiden würde. Aber was tun wir? Kinder (ich rede nicht mal von Jugendlichen) füllen Selbstbeurteilungsbogen aus, planen ihre Arbeit mit Wochenplänen, erarbeiten sich ihren Stoff selbständig im Internet, diskutieren mit ihrem Lern-Coach über die nächsten zu erwerbenden Kompetenzen, sprechen drei Sprachen und integrieren nebenbei geistig behinderte Mitschüler in ihren Klassenverband. Wären das Erwachsene, würde sich längst eine Gewerkschaft zu ihrem Schutz engagieren.

Unsere abgehobenen, nicht kindgerechten Bildungsideale und die Methoden, mit denen diese flächendeckend durchgedrückt werden, überfordern uns alle. Wir ruinieren unsere Volksschule damit und erweisen unseren Kindern keinen Dienst. DAS versucht Ihnen Frau Fünfschilling zu sagen. Da hilft auch der Verweis auf Skandinavien nichts (NB, haben Sie einmal mit Skandinaviern über ihre Schulen geredet?). Ich finde, Frau Fünfschilling hat bitter Recht.

**Der Autor kommt aus dem Kanton Zürich (Name der Redaktion bekannt).*

Gedanken zur Integration von behinderten Kindern in die Regelklassen

Von Fleur Huber*

Die Integration von behinderten Kindern in die Volksschule soll künftig der Ort der Bildung für alle Schüler sein. In den Kantonen Baselland und Basel-Stadt sind die Meinungen über die zukünftige integrative Schulung bei der Lehrerschaft sehr geteilt. Eine Überforderung von beiden Seiten, Lehrern und Kindern, scheint offensichtlich. Der Wunsch vieler Eltern, ihre Kinder mit einer körperlichen oder geistigen Behinderung in eine Regelschule zu schicken, ist sehr verständlich. Man hofft dabei, dass der tägliche Umgang mit normalen Kindern die soziale Integration erleichtern wird. Je schwieriger jedoch der Schulstoff wird, umso schmerzlicher wird auch das Kind mit einer geistigen Behinderung spüren, dass es den gestellten Anforderungen nicht genügt. Aus Erfahrung weiss man, und dem kann ich als Mutter eines 48-jährigen Sohnes mit Down-Syndrom beipflichten, dass auch der Behinderte seiner Defizite bewusst wird. Eine Depression kann die Folge aus der steten Überforderung sein. Spätestens in dieser heiklen Phase sollte dem Jugendlichen, seinen spezifischen Fähigkeiten, Begabungen und Bedürfnissen entsprechend, eine adäquate Schulung ermöglicht werden. Seit Jahrzehnten werden in den heilpädagogisch und zum Teil anthroposophisch geführten Sonderschulen, so z.B. der JUFA (Jugend und Familie) in Basel, behinderte Kinder nach einem eigenen Förderplan im Lesen, Schreiben, Rechnen und musischen Fächern unterrichtet. Unter «seinesgleichen» kann sich ein gesunder Konkurrenzkampf entwickeln, den ein Kind mit Behinderung in der Regelklasse immer verlieren wird. Vielleicht wäre es zukünftig auch denkbar und weniger kostenintensiv, Sonderklassen mit ausgebildeten HeilpädagogInnen in Regelschulhäuser zu integrieren. Die soziale Integration findet dann «draussen» im Pausenhof, auf dem Nachhauseweg, auf lebenspraktischem Gebiet statt. Wichtig in der ganzen Problematik um die Integration ist das Nicht-Ausgegrenztwerden in der Gesellschaft. Und dies gelingt nur dann, wenn wir Eltern und Betreuer uns immer wieder mit «unseren» Behinderten in der Öffentlichkeit zeigen und so oft als möglich «mit» ihnen am gesellschaftlichen Leben dieser Stadt teilnehmen.

Die Sonderschulen mit ihren HeilpädagogInnen haben in den vergangenen Jahrzehnten bei der Förderung von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung Grossartiges geleistet und verdienen höchste Anerkennung.

Übrigens sind die skandinavischen Länder wie Schweden, Dänemark und Norwegen, die schon vor ca. 15 Jahren die integrative Schulreform eingeführt haben, wieder zur Sonderschulung mit dafür ausgebildeten Heilpädagogen zurückgekehrt!!

**Die Autorin ist Mitbegründerin der
i n s i e m e Basel-Stadt*

Zu den im Kanton BL zurzeit stattfindenden «Echoräumen» betreffend Integration hat den LVB folgende Zuschrift erreicht:

«Mein Echo: ununununununununbe....zaaaaaaahhhhhlllbbaaaaaarr!!»

Daniel Vuilliomenet, Lehrer an der Sekundarschule Oberwil

«Die Schulreform geht viel zu weit»

Diese Befürchtung äussert der renommierte Zürcher Jugendpsychologe Allan Guggenbühl in einem Interview mit der baz vom 14.11.2009.

Seine Kernaussagen:

- Zur Integration behinderter Kinder in die Regelklassen:

«Lange wurden zu viele behinderte Kinder abgesondert. Nun wird die Integration aber auch im Bereich der Sonderschulung zum Dogma. Dahinter steht die romantische Idee, dass alle den gleichen Platz in der Gesellschaft haben – und die primitive Vorstellung, dass ein Kind integriert ist, sobald sein Körper im Zimmer einer Regelklasse sitzt. Nur nützt ihm das gar nichts, wenn es geistig nicht folgen kann und sich unter Gleichaltrigen als Fremdkörper fühlt. Darum müsste auch in diesem Bereich jeder Fall einzeln beurteilt werden».

«Die Integration müsste ein Ideal sein, sie ist aber zu einem Dogma geworden. Möglichst alle in die Regelklasse zu integrieren und individuell zu fördern, das ist eine Schreibtischidee, ausgedacht von Erziehungswissenschaftlern, die keine Ahnung vom Schulalltag haben und die psychologischen Realitäten völlig ausblenden».

- Zur Festlegung allgemeinverbindlicher gesetzlicher Normen: «Die Lehrperson sollte entscheiden, was in ihrer Klasse möglich ist».

- Zum individualisierten Lernen und zur These, dass alle Kinder neugierig sind und Lust aufs Lernen haben, wenn sie den Stoff vor sich haben, der ihrem Entwicklungsstand entspricht: «Schulstoff ist nicht so interessant, dass alle Kinder genuines Interesse daran hätten. Darum ist auch der kollektive Unterricht so wichtig, in dem die gesamte Gruppe gefordert ist. (...) Die Vorstellung, dass jedes Kind selbständig lernen kann, um sein persönliches Lernziel zu erreichen, ist völlig unrealistisch».

- Zur Frage, ob er ein Zurück zum Frontalunterricht fordere:

«Es braucht auch Phasen des Frontalunterrichts, weil er eine gute Gelegenheit für die Klasse ist, sich kollektiv auf den Lehrer einzustimmen».

- Zur Frage, ob die integrative Schule nicht doch leistungsfähiger sein kann als die separative:

«Längerfristig glaube ich nicht, dass das so sein wird, vor allem nicht mit individualisiertem Unterricht. (...) dann wird die Lehrperson zur Hintergrundfigur, und jene Kinder, die in der Schule ohnehin schon Mühe haben, bekommen noch mehr Schwierigkeiten.»

- Zur Frage, ob sich die so genannten Problemschüler ihre Schwierigkeiten selber eingebrockt haben oder ob das System schuld ist:

«Im individualisierten Unterricht ist die Gefahr nun gross, dass diese Jugendlichen ihre Leistungsziele sehr tief ansetzen. Sie müssten von einer Lehrperson direkt gefordert werden, sonst ist ihnen die Schule bald einmal egal.»